

Die hier veröffentlichten Sätze gelten nur für den regulären Haushalt der Vereinten Nationen; außerdem werden Pflichtbeiträge für die meisten Friedenseinsätze sowie die internationalen Gerichte für das ehemalige Jugoslawien und Rwanda erhoben. Die Kosten des Deutschen Übersetzungsdienstes der Vereinten Nationen teilen sich die deutschsprachigen Mitglieder (Deutschland, Liechtenstein, Österreich) und der Nichtmitgliedstaat Schweiz; sie zah-

len die Beiträge in einen Treuhandfonds ein. Die freiwilligen Beiträge zu den Aktivitäten der Spezialorgane (etwa UNDP, UNICEF oder UNRWA) werden außerhalb des ordentlichen Haushalts geleistet. Die Sonderorganisationen (siehe die nachfolgenden Erläuterungen von Lothar Koch) besitzen eigene Rechtspersönlichkeit und stellen eigene Haushalte auf; bei ihren Beitragschlüsseln orientieren sie sich weitgehend an der New Yorker Skala.

## Deutsche Leistungen an den Verband der Vereinten Nationen

Die Tätigkeit der Vereinten Nationen ruht, was ihre Finanzierung angeht, auf zwei Säulen: den Pflichtbeiträgen und den freiwilligen Leistungen. Hauptorganisation, Sonderorganisationen, Spezialorgane und sonstige Programme haben jeweils eigene Haushalte, über deren Höhe die Mitgliedstaaten entscheiden. Deren Finanzierung ergibt sich bei den Pflichtbeiträgen im Wege der Beschlußfassung über den Verteilungsschlüssel der Kosten der jeweiligen Organisation, bei den freiwilligen Leistungen durch die Abgabe von Zusagen (die indes nicht immer eingehalten werden) auf sogenannten Beitragsankündigungskonferenzen. Die im Verband der Vereinten Nationen für die Jahre 1998 und 1999 gefaßten Haushaltsbeschlüsse waren bestimmt von dem Zwang zu knapper Budgetgestaltung in den Mitgliedstaaten. Sie weisen deshalb durchweg nominales Nullwachstum und zum Teil sogar nominales Minuswachstum auf. In allen Sitzorten von Sonderorganisationen waren die Budgetverhandlungen hart und schwierig, führten aber dennoch – bis auf die Haushalte für die FAO und die UNIDO – zu Konsensbeschlüssen.

Ein weiteres Kernthema der Finanzdiskussionen in den Sonderorganisationen waren die Beitragsskalen. Alles startete wie geplant nach New York, wo die Entscheidung erwartungsgemäß erst unmittelbar vor Weihnachten getroffen wurde (vgl. S. 33ff. dieser Ausgabe). Die Vereinigten Staaten wollten vorab Berufungsfälle schaffen; und von den anderen besonders engagierten (weil möglicherweise besonders begünstigten oder aber benachteiligten) Parteien etwa in Genf oder Rom wollte keine ihre Interessen durch unbedachte Zugeständnisse gefährden. Das führte zu Skalenbeschlüssen für 1998 und 1999 auf der Grundlage der Werte der Hauptorganisation von 1997 – im vollen Umfang bei IAEA und UNIDO, für beide Jahre und mit einer Öffnungsklausel für 1999 bei WHO und FAO oder nur für 1998 mit vorbestimmter Neuverhandlung für 1999 (ILO). Bei der UNESCO, wo die USA weiterhin abseits stehen, übernahmen Rußland und die Ukraine deren Rolle und setzten auf der Generalkonferenz im Oktober 1997 in Paris die Anwendung der Werte einer zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbaren New Yorker Skala für 1998 und für 1999 durch.

Die FAO-Konferenz einigte sich im November 1997 nach schwierigen Verhandlungen auf ein Budgetvolumen von 650 Mill Dollar, was nominalem Nullwachstum entspricht. Die FAO wäre aber nicht die FAO, wenn nicht noch eine Überraschung präsentiert worden wäre. 1997 war es die Forderung nach zusätzlichen Mitteln für ein Personalentlassungsprogramm im Zusammenhang mit dem Haushalt 1998/99. Das Sekretariat der Organisation brachte diesen Bedarf recht unvermittelt vor, hatte seine Unterstützer unter den Mitgliedstaaten gut orchestriert und erzwang schließlich für 12 Mill Dollar einmal mehr eine Sonderkonstruktion. Diese allerdings harmoniert nicht so recht mit den Stellenausschreibungen, die das Sekretariat unbeirrt betreibt. Der so geschaffene, mit der Bewilligungsresolution für das reguläre Budget 1998/99 verbundene Nebenhaushalt ohne finanzielle Absicherung war für die deutsche Delegation eingedenk ähnlicher Probleme in Vorjahren vor allem budgetsystematisch nicht akzeptabel. Sie enthielt sich deshalb bei diesem Beschluß der Stimme, freilich als einziger Mitgliedstaat dieser Sonderorganisation.

Die Haushaltsverhandlungen der UNESCO-Generalkonferenz wa-

ren bestimmt durch den Wiederbeitritt Großbritanniens und durch dessen Mitgliedsbeiträge, die als »zusätzliche« Einnahmen von den unterschiedlichen Interessenten frühzeitig durch eine Budgetaufstockung verplant wurden. Ihnen stand eine kleine Gruppe von Hauptbeitragszahlern unter Führung Japans gegenüber, die ein nominales Nullwachstum (518,4 Mill Dollar) strikt einhalten wollte. Die Konferenz beschloß schließlich im Konsens einen Haushalt von 544,4 Mill Dollar. Das bedeutet nominales Wachstum von brutto 5 vH. Bereinigt um die Beiträge Großbritanniens, die bei 6,677 vH für 1998 und 6,814 vH für 1999 liegen (sie sind höher als nach der von der UN-Generalversammlung für die Hauptorganisation beschlossenen Skala, weil die USA hier fehlen und deren 25 vH umgelegt werden), stellt sich der Haushalt 1998/99 mit einem nominalem Minuswachstum von knapp 2 vH dar. Durch den bereits erwähnten Skalenbeschluß, der dazu führte, daß die Beitragsrechnungen in Paris erst zum neuen Jahr und mit zusätzlichem Kostenaufwand versandt werden konnten, werden die Zahlungen der Mitgliedstaaten noch schleppender eingehen als bislang schon, und das Sekretariat dürfte wieder und vermehrt die Ermächtigung zur Kreditaufnahme nutzen, womit weitere vermeidbare Kosten verursacht werden. Der deutsche Beitrag beläuft sich auf 12,668 vH für 1998 und auf 13,130 vH für 1999.

Die UNIDO-Generalkonferenz Anfang Dezember 1997 verständigte sich nach zwölfmonatigen formellen und informellen Vorverhandlungen auf ein Budget von 145,9 Mill Dollar, das mit 129,5 Mill Dollar von den Mitgliedstaaten zu finanzieren ist. Im Vergleich zu ihrer Finanzlast von 156,4 Mill Dollar im Zweijahreszeitraum 1996/97 bedeutet das ein Minus von 17,2 vH. Die Absenkung war durch die Austritte der Vereinigten Staaten und Australiens verursacht sowie durch den Druck Deutschlands, dessen Austrittsdrohung noch im November letzten Jahres nicht endgültig vom Tisch war. Für die Bundesregierung ging das Ergebnis des Rückschnitts im Budget 1998/99 nicht weit genug. Ihre ursprüngliche Forderung richtete sich auf eine Reduzierung um 30 vH. Sie lehnte das Budget deshalb ab und hatte auch in dem der Generalkonferenz vorgeschalteten Programm- und Haushaltsausschuß der Organisation schon mit Nein gestimmt.

Die UNIDO ist die UN-Sonderorganisation, die seit ihrer Gründung nie unter einem guten finanziellen Stern stand und ganz offensichtlich in diesem Bereich auch weiterhin die größten Schwierigkeiten im gesamten UN-System hat. Die politischen Intrigen der Mitgliedstaaten scheinen bei dieser Organisation besonders wirkungsvoll zu sein; sie sind nicht nur in der unzulänglichen Mandaterfüllung spürbar, sondern wirken sich auch deutlich auf die Motivation der Bediensteten aus. Wie die jetzt bei der UNIDO anlaufende millionenschwere Aktion zum Personalabbau finanziert werden soll, ist noch ungewiß. Der neue Generaldirektor steht hier vor einer schwierigen Aufgabe.

Sein Kollege von der WIPO, der ebenfalls gerade seinen Dienst angetreten hat, läuft dieses Risiko hingegen nicht. Die Organisation verfügt über einen Überschuß von mehreren hundert Millionen Schweizer Franken, der durch Gebühreneinnahmen ihrer Registrierungsunionen entstanden ist. In einer derart komfortablen Lage fiel es natürlich viel leichter, den Haushaltsbeschluß für 1998/99 auf das

Frühjahr 1998 zu verschieben, um dem neuen Generaldirektor Gestaltungsspielraum zu verschaffen. Die Regeln lassen das zu.

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung der regulären Budgets der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einschließlich der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Pflichtbeitragsanteile, über die freiwilligen deutschen Leistungen zu den wichtigsten Programmen und Hilfswerken der Weltorganisation sowie über die deutschen Beiträge im Weltbankbereich.

Zu den Zahlenangaben ist darauf hinzuweisen, daß die Soll-Ansätze des Bundeshaushalts und die Ist-Zahlen häufig voneinander abweichen. Für Zahlungen, die in US-Dollar (wie bei den Vereinten Nationen und den meisten ihrer Sonderorganisationen, auch bei der Weltbank), oder in Sonderziehungsrechten (wie bei der IDA) zu erbringen sind, werden die Soll-Ansätze im Bundeshaushalt zu einem festgelegten Umrechnungskurs veranschlagt. Die tatsächlich aufzuwendenden Beiträge in DM richten sich dagegen nach den jeweiligen Tageskursen. Bei den freiwilligen Leistungen im Bereich der Vereinten Nationen erklärt sich Deutschland in DM, so daß eine Wechselkursproblematik nicht entsteht.

Die Aufstellung führt die Übersicht über die Beitragsleistungen der Bundesrepublik Deutschland in VN 1/1996 S. 13f. fort, in der ebenfalls ein Zehnjahresvergleich angestellt worden war. Einen Überblick über den Verband der Vereinten Nationen mit seinen Sonderorganisationen, Spezialorganen und autonomen Organisationen vermittelt das Verzeichnis »Das UN-System auf einen Blick« auf S. 43 dieser Ausgabe.

#### A. UN, Sonderorganisationen (ohne IMF und Weltbankgruppe) und IAEA

Organisation	1988/89		1998/99	
	Gesamtbudget	Anteil der Bundesrepublik Deutschland	Gesamtbudget	Anteil der Bundesrepublik Deutschland
	Mill Dollar	vH	Mill Dollar	vH
UN (Hauptorganisation)	1 769,6	8,26	2 532,3	9,630/9,808
ILO	324,9	8,27	481,1	8,93 <sup>1)</sup>
FAO	493,6	9,91	650,0	9,68 <sup>2)</sup>
UNESCO	350,4	8,16	544,4	12,668/13,130
WHO	634,0	8,10	842,7	8,73 <sup>2)</sup>
ICAO	65,8	6,82/6,80	54,2 <sup>3)</sup>	7,46 <sup>3)</sup>
UPU <sup>4)</sup>	14,6 <sup>8)</sup>	5,11	25,2	5,43
ITU <sup>4)</sup>	69,1 <sup>8)</sup>	7,64	327,6	8,15
WMO <sup>4)</sup>	48,9	7,08	84,5	8,96
IMO <sup>5)</sup>	37,2	1,35	59,0	1,92 <sup>3)</sup>
WIPO	65,1	5,40	6)	6)
IFAD	32,7 <sup>8)</sup>	7)	53,0 <sup>3)</sup>	7)
UNIDO	205,1	8,19	145,9	12,82
IAEA	132,6 <sup>8)</sup>	8,46	221,7 <sup>3)</sup>	9,353

1) 1998; noch kein Beschluß für 1999

2) Öffnungsklausel für 1999

3) 1998

4) Das Budget wird in Schweizer Franken (sfr) aufgestellt; angewendeter Umrechnungskurs 1988/89: 1,68 sfr pro Dollar; 1998/99: 1,48 sfr pro Dollar.

5) Das Budget wird in Pfund Sterling (brit. Pfd.) aufgestellt; angewendeter Umrechnungskurs 1988/89: 1,72 brit. Pfd. pro Dollar; 1998/99: 0,62 brit. Pfd. pro Dollar.

6) Beschluß der Verwaltungsgremien, den Haushalt erst im Frühjahr 1998 zu verabschieden.

7) Keine Veranlagung der Mitgliedstaaten zu Pflichtbeiträgen; der Verwaltungshaushalt wird durch Zinseinnahmen aus Investitionen des Fonds finanziert.

8) 1988

#### B. Sonderprogramme und Hilfswerke der Vereinten Nationen

Programm	Beitrag der Bundesrepublik Deutschland			
	1988 (Ist)	1996 (Ist)	1997 (Soll)	1998 (Soll)
	- in 1 000 DM -			
UNEP	4 800	10 800	10 800	10 800
UNICEF	15 500	12 000	12 000	11 000
UNHCR	7 520	9 000	9 000	9 000
UNRWA	2 500	3 500	3 500	3 100
UNRWA-Sondermaßnahmen	7 050	6 800	6 800	6 100
Humanitäre Hilfe im Rahmen von UNICEF, UNHCR, UNRWA u.a.	35 172	72 644	1)	1)
Nahrungsmittelhilfe (WFP, UNHCR) und Ernährungs-sicherungsprogramme	40 806	92 800	k.A.	k.A.
UNESCO-Institut für Pädagogik in Hamburg	1 290	1 760	1 693	1 693
Internationale Zentren zur Zusammenarbeit mit der WHO	1 357	1 087	1 660	1 360
WHO-Fonds zur Förderung des Gesundheitswesens	579	665	675	675
Drogenkontrollprogramm (UNDCP)	3 104	1 800	1 889	1 174
WFP	45 000	45 000	45 000	45 000
UNDP	137 000	133 000	120 000	100 000
UNFPA	39 100	55 000	50 000	50 000
Erziehungs- und Ausbildungsprogramm für das Südliche Afrika	184	166	166	166
UNESCO-Fonds für das Erbe der Welt	356	490	500	570
Frauenfonds (UNIFEM)	100	1 600	1 600	1 600
Weitere zweckgebundene Beiträge an UN und Sonderorganisationen für Einzelprojekte oder Sonderprogramme	52 649	57 862	52 000	52 000

1) noch nicht bekannt, Mittel auf Antrag

#### C. Weltbankbereich

Finanzierungsinstitution	1988	1996	1997	1998
	(Ist)	(Ist)	(Soll)	(Soll)
	- in 1 000 DM -			
Weltbank (IBRD) und IDA	689 294	1 112 246	1 021 751	912 340

Die Weltbankgruppe besteht aus der »eigentlichen« Weltbank (IBRD), der IDA und der IFC sowie der Multilateralen Investitionsgarantie-Agentur (MIGA). IBRD und IDA fördern die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Entwicklungsländern durch langfristige Darlehen, die sie zu günstigen Konditionen (marktnaher Zins bei der Weltbank; zinslos bei der IDA, jedoch unter Berechnung einer Bereitstellungsgebühr von derzeit 0,75 vH) an Regierungen oder mit Regierungsgarantie an Projektträger vergeben.

**Finanzierung der IBRD:** Die Mitgliedstaaten der Weltbank zeichnen Kapitalanteile und erwerben dadurch Miteigentum an der Bank. Die Anteile werden zum Teil durch Bar-einlagen, überwiegend aber durch Haftungskapital erbracht. Vor allem die von den westlichen Industrieländern gezeichneten Kapitalanteile ermöglichen es der Weltbank, sich auf den internationalen Kapitalmärkten zu refinanzieren. Die Gesamtbeiträge Deutschlands betragen 8,734 Mrd Dollar; davon sind 542,9 Mio Dollar eingezahlt, der Rest verbleibt als einforderbares Kapital (Stand: 30. Juni 1997 - Fiskaljahr 1997). Damit beträgt der Anteil Deutschlands als drittgrößter Anteilseigner etwa 4,79 vH.

**Finanzierung der IDA:** Die IDA deckt ihren Finanzbedarf aus den eingezahlten Beiträgen der Geberländer, zunehmend aus Rückzahlungen der Darlehensnehmer sowie in geringem Umfang aus Gewinnüberweisungen der Weltbank und aus sonstigen Einnahmen. Die Mittel werden überwiegend von westlichen Industrieländern bereitgestellt. Der deutsche Anteil beträgt 11 vH.

Deutschland erbringt seine Beiträge zu den Kapitalerhöhungen der Weltbank und zu den Auffüllungen der IDA-Mittel zunächst durch die Hinterlegung von Schuldscheinen. Die Schuldscheine sind bei Abruf fällig.

Zusammengestellt von Lothar Koch □